

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896**

27.1.1896 (No. 44)

# Karlsruher Zeitung.

Einzige Ausgabe.

Montag, 27. Januar.

Einzige Ausgabe.

No. 44.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. ]  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

1896.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate Februar und März nimmt jede Postanstalt entgegen. Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.**

## Nicht-Amtlicher Theil.

Zum 27. Januar.

Unter dem Zeichen der Erinnerung an eine große Zeit steht in diesem Jahre das Geburtsfest Seiner Majestät des Kaisers. In blutigem Ringen kämpften Deutschlands geeinte Völker gegen den Erbfeind, mächtig lebte in ihnen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, und immer lauter und lauter erhoben sich die Stimmen, die diese Einigkeit geweilt und geheiligt wissen wollten durch den Kranz der deutschen Kaiserkrone. Und als im Schlosse zu Versailles Kaiser Wilhelm der Große gelobte, für sich und seine Nachkommen allezeit Mehrer des Reichs zu sein in allen Werken des Friedens und nationaler Wohlfahrt, da stand ihm zur Seite, herrlich und stark, wie eine Heldengestalt aus unserer Vorzeit Tagen, Kronprinz Friedrich, und der Schwur seines kaiserlichen Vaters hallte wieder in dem Herzen des Sohnes. Ihm freilich war es nicht von dem Geschick beschieden, Deutschlands Kaiserkrone lange zu tragen, ein todwunder Mann war es, der am 12. März 1888 nach dem Hinscheiden des allverehrten Kaisers Wilhelm des Großen die Regierung übernahm. Und als er, der siegreiche Feldherr, bezwungen von des Todes finsterner Gewalt, die Augen schloß, da ging ein lautes Klagen durch die deutschen Lande, und in banger Sorge schaute so mancher trüben Blickes in die Zukunft. Da aber, als Kaiser Wilhelm II. muthig und Gott vertrauend, den deutschen Kaiserthron bestieg, als er, jung zwar noch und tief gebeugt durch das Hinscheiden seines kaiserlichen Großvaters und Vaters, dem deutschen Volke die Botschaft sandte, daß Deutschlands Wohl in ihm einen treuen und unermüdblichen Hüter finden werde, daß ihm das höchste Gut der Friede sei, und daß er den zu schützen wissen werde vor jeder Gefahr, da sahen wir freudig empor zu ihm, der also sprach! Fürwahr eine schwere Aufgabe war es, die Kaiser Wilhelm II. übernahm. Aber ihn schreckte keine Gefahr und kein Hinderniß. Ein fester Wille, ein scharfer und klarer Blick, und dabei doch auch der ideale Zug stets frischer Begeisterung für sein kaiserliches Amt, die echt deutschen Tugenden der Treue und der dankbaren Verehrung für das, was die Träger einer ruhmreichen Vergangenheit gethan und geschaffen, das hat seit jeher das Thun und Handeln unseres Kaisers ge-

leitet, das hat ihm den Ernst und die Sicherheit seiner Anschauung von seinem Fürstenberuf gegeben, und wieder haben wir es in den letzten Tagen festlicher Erinnerung aus seinem Munde vernommen, wiederum hat er es durch eine kaiserliche That, durch die, an die Botschaft des hochseligen Kaisers Wilhelms des Großen vom Jahre 1881, anknüpfende Stiftung des Wilhelms-Ordens bewiesen, daß ihm das Gedächtniß derer, die Deutschland groß und einig gemacht, das heiligste Verhältniß ist. In dem Kampfe der Parteien, in dem Ruf des Streites, der so oft ertönt, läßt auch er sein Kaiserwort erschallen, und immer wieder ruft er es seinem deutschen Volke zu, daß nur die Einigkeit der Friede, und daß nur der Muth der Treue die Kraft sein kann, die unser nationales Leben fördert und erhält. Vieles ist geschehen, seitdem Kaiser Wilhelm II. das Scepter trägt, ein rastloses und unermüdbliches Schaffen ist ihm Lebensbedürfniß, freudig und gern trägt er mit seinen kaiserlichen Entschlüssen dazu bei, die sozialen Gegensätze zu mildern, die Noth zu lindern, und in steter Fürsorge die nationale Wohlfahrt zu heben und zu pflegen! Ein Mann vom Scheitel bis zur Sohle, ein deutscher Fürst in des Wortes schönster Bedeutung steht Kaiser Wilhelm II. vor uns und schreitet er uns voran auf den Wegen der Zukunft. Hochherzig und edel ehrt und achtet er auch den Feind, und da nur, wo freile Hände nach den heiligsten Gütern des deutschen Volkes greifen, da zürnt und droht er mit der Macht, die ihm von Gott verliehen! Begeistert für alles Schöne und Hohe, befeuert von regem Interesse an allem dem, was Kunst und Wissenschaft hervorbringen, läßt er seinen kaiserlichen Schutz auch diesen unseren idealen Gütern in reichem Maße zu Theil werden; nichts Menschliches ist ihm fremd!

Freudig jauchzt heute ganz Deutschland seinem Kaiser zu. An der Seite unseres Kaisers sehen wir, ihm eng verbunden durch Familienbande, unser allverehrtes Fürstenpaar, das als der berechtete Vermittler unserer Anhänglichkeit den Festtag im Deutschen Kaiserhause miterlebt. Und als Gelübniß der Treue in Frieden und Sturm klingt auch heute aus dem Badener Lande der Ruf: Gott segne den Kaiser für und für!

## Badischer Landtag.

**32. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer**  
am Freitag den 24. Januar.  
(Schluß aus Nr. 43.)

Abg. **Wacker:** Er wolle die Stellung seiner Partei der Regierung gegenüber im ganzen darlegen, einige Wünsche äußern und auch auf einige gestern gefallene Äußerungen erwidern.

Der Abg. **Fischer** habe geglaubt, eine Korrektur des Tones eintreten lassen zu müssen, welcher bei der gefrigen Debatte

platzgegriffen habe, und diese Korrektur gelte wohl den Abgg. **Fischer I.** und **Hug;** sie sei aber nicht berechtigt, denn diese beiden Redner hätten nur hervorgehoben, was der Herr Finanzminister auch gesagt habe; also gelte die Korrektur eigentlich dem Herrn Finanzminister. Wenn aber ein ernster Ton am Platze, dann sei er es namentlich bei der Verathung über den Staatshaushalt.

**Fischer** habe gesagt, die finanzielle Lage komme nicht von den Militärlasten, sondern vom Beamtengehalt; nur hätte er ebenso gut sagen können, sie käme von irgend einer anderen notwendiger Weise gesteigerten Thätigkeit des Staates her. Wenn **Fischer** und **Flüge** behaupteten, die Militärlasten seien notwendig, so bestreite er dies; denn seit wann sei im Deutschen Reich die Ansicht begründet, daß das Heer nur zum Schutze des Reiches da sei! Wenn dem so wäre, so könnte er sich auch mehr damit befremden; aber die Armee habe für weitere Kreise beßhalb ein Interesse, weil die Zahl der pensionirten Offiziere nicht kleiner, sondern immer größer wird; am liebsten möchte er die ganze Militärlast seit 1887 auf gewisse steuerträftige Schultern abladen. Wenn der Vorschlag der Umlage des Matrifularmehrbetrags auf die Einkommensteuer praktisch werden sollte, so könne die Finanzverwaltung auf die Unterstützung seiner Seite des Hauses rechnen; auch gelte dies bezüglich der Konversionsfrage der Eisenbahnschuldbriefe, in welcher er die Ansicht des Herrn Finanzministers durchaus theile.

Der Abg. **Schuler** habe die Opfer besprochen, die Baden durch Abtretung der Post gebracht habe, sowie daß damals von den Vertretern der badischen Regierung gefehlt worden sei, indem sie den Reinertrag der Postgefälle zu niedrig angeschlagen hätten; hoffentlich ziehe man sich eine Lehre hieraus, und wenn wieder in Berlin ein Vertrag abzuschließen ist, wird der Vertreter Badens auf unsere Verhältnisse bessere Rücksicht nehmen.

Er komme nun zur Erledigung seines Auftrages, dem Inhalte nach im Auftrage seiner politischen Freunde, für den Ausdruck sei er selbst verantwortlich.

Leider seien sie nicht in der Lage, der Regierung ein so uneingeschränktes Vertrauensvotum auszusprechen, wie es von anderer Seite gewünscht sei.

Einige Bemerkungen wolle er vorausschicken zur Widerlegung von Verdächtigungen, welche gegen sie von Zeit zu Zeit erhoben würden: Sie seien Monarchisten aus Ueberzeugung; sie seien die Letzten, welche an irgend welchen Rechten der Krone rütteln wollten, die Mitglieder der Regierung seien für sie die verantwortlichen Räte der Krone.

Dementsprechend wünschten sie auch eine Regierung, welche unabhängig und frei von jeder Partei ist.

Sie wollten niemals Regierungspartei sein, so sehr sie es begrüßten, in einer Frage mit der Regierung Hand in Hand gehen zu können; ebensowenig wollten sie aber auch, daß überhaupt eine Regierungspartei da sei.

Die Stellungnahme der Partei in einzelnen Fällen beruhe auf ihrer Ueberzeugung, nie auf einem Gefühl der Zuneigung und Abneigung; er selbst habe niemals einen Haß gehegt gegen irgend einen politischen Gegner, und habe dies auch immer gezeigt, selbst auf die Gefahr hin, daß es ihm falsch ausgelegt werden könnte.

## Feuilleton.

### Der Zollverein als Vorläufer des Deutschen Reiches.\*)

Von R. Schumacher.

(Schluß.)

Nachdem Bayern und Württemberg mit ihrem Sonderbund die Erfahrung gemacht, daß ihr »Zollverein« wegen der zu geringen Ausdehnung und unangenehmen Abrechnung, sowie der scharfen Abschließung gegen Baden und Norddeutschland die erhofften Vortheile nicht zu gewahren vermöge (die Zollverwaltungskosten betragen durchschnittlich 44 Proz. der rohen Zolleinnahme gegenüber heutigen 6 1/2 Proz.) und auch norddeutsche Einzelbündnisse unbefriedigende Resultate ergaben, wurde die Sehnsucht nach allumfassender Zollvereinigung immer mächtiger und führte im Jahre 1833 zur Zusammenlegung der drei bereits bestehenden Zollvereine, des preussisch-hessischen, bayrisch-württembergischen und des thüringischen mit dem Königreich Sachsen zu einem großen deutschen Zollverein, der am 1. Januar 1834 in's Leben trat. Lange Wagenreihen warteten an den bisher durch die Zolllinien durchschnittenen Hauptstraßen und eilten, als sich mit der Witternachtsstunde die Schlagbäume für immer öffneten, unter dem lauten Jubel der Fuhrleute über die jetzt zollfreie Grenze.

Doch nicht einstimmig war die Freude über die endlich durchgeführte Verkehrsfreiheit. In Sachsen wie auch in Süddeutschland äußerte sich in Zeitschriften und Flugblättern lebhafter Widerspruch gegen den Zollverein, genährt durch die hier noch allgemeine Abneigung gegen jede Annäherung an Preußen und die politischen Bedenken liberaler Parteiführer,

welche in den Zollvereinsbestrebungen und der Verstärkung der Bundesgewalt reaktionäre Regierungsgelüste zu wittern glaubten. Versammlungen württembergischer und badischer Volksmänner in Stuttgart und Pforzheim vereinbarten gemeinschaftliche Maßregeln gegen den Anschluß an Preußen. Die öffentliche Meinung war über die Zweckmäßigkeit dieses Anschlusses sehr getheilt und in Broschüren und Zeitungen wurde heftig für und wider gestritten. Während z. B. **Mathy** schrieb: »Wir haben zu den Gegnern des Anschlusses an den preussischen Zollverein gehört, wir erklären uns jetzt mit voller Ueberzeugung für den Beitritt zu dem großen Verein, der beinahe ganz Deutschland umfassen wird«, waren und blieben v. **Wesenberg** und v. **Rotteck** heftige Gegner. Während Letzterer in konstitutioneller Beziehung den Zollverein als eine höchst gefährliche Einrichtung ansah, welche Verkümmern und verfassungsmäßiger Rechte im Gefolge habe, befürchteten andere Opponenten, daß das Badner Land infolge des Anschlusses statt der schönen Kronentäler mit preussischem Geld überschwemmt würde. Ja ein aus der **Silbermann'schen** Buchdruckerei in Straßburg hervorgegangenes Flugblatt bezeichnete den Zollverein geradezu als einen »Bund der Hölle«. Trotz dieser vielseitigen Bedenken wurde die befristete Erklärung des Finanzministers v. **Boeckh** in der Kommissionssitzung vom 26. Mai 1835 beherzigt, die in den patriotischen Hinweis auf unseres Dichters Worte ausklang:

»Immer strebe zum Ganzen und kannst du selber kein Ganzes werden, als nütziges Glied schließ' an das Ganze dich an!

Bei der Schlußabstimmung im Juli 1835 wurde der Antrag der Kommission auf Anschluß Badens an den Zollverein in der Zweiten Kammer mit 40 gegen 22 Stimmen, in der Ersten Kammer einstimmig angenommen.

Der durch nachträglichen Beitritt der wenigen noch vereinzelt gebliebenen Staaten auf ganz Deutschland, mit Ausnahme der deutsch-österreichischen Länder, ausgedehnte Zollverein entfaltete nicht nur im Innern eine das gesammte Wirtschaftsleben befruchtende Thätigkeit, sondern wußte sich auch, dank der maßvollen Haltung und zielbewußten Führung Preußens, nach außen eine Achtung gebietende Stellung zu erwerben. Wenn auch der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll in den vierziger und fünfziger Jahren und das begreifliche Streben der einzelnen Bundesstaaten, bei Feststellung eines neuen Zolltarifs die eigenen Interessen in erster Reihe zu wahren, den Verhandlungen zeitweise einen etwas gereizteren Ton verlieh, vermochte doch der Zollverein, der in dem deutschen Nationalbewußtsein bereits feste Wurzeln gefaßt hatte, auch diese Anfechtungen zu bestehen und seine Lebensfähigkeit zu beweisen. Ja, als das einmüthige Zusammengehen durch allzu partikularistische Tendenzen einzelner Zollvereinsmitglieder zeitweise erschwert wurde und dadurch in der Produktivität der Generalkonferenzen ein unerquicklicher Stillstand eintrat, rüttelten unbewußt neidische Nachbarn, (England\*) und Frankreich, durch ihre feindseligen Bestrebungen

\*) Angesichts der gegenwärtigen anmaßenden Haltung Englands mag der Hinweis auf einen Vorgang, der sich anlässlich der im Jahre 1845 in Karlsruhe abgehaltenen Generalkonferenz abspielte, zeitgemäß und von allgemeinerem Interesse sein. Bayern, Württemberg und Baden drangen zum Schutze der heimischen Industrie auf eine Zollhebung auf Baumwoll-, Leinen- und Wollengarn, welche jedoch an Preußens Widerstand scheiterte. Eine Freude an den fruchtlosen Verhandlungen hatte nur das konkurrierende Ausland, namentlich England. Wie groß dieselbe sein mußte, dürfte daraus hervorgehen, daß nach Bekanntwerden obigen Resultates der englische Gesandte, obgleich von dem badischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, v. **Dusch**

Nun werde er darlegen, warum er der Regierung kein Vertrauensvotum aussprechen könne: Nachdem das Ministerium in seiner jetzigen Gestalt zusammengesetzt, habe der Staatsminister gesagt: »Wir wollen über oder neben den Parteien stehen.« Wenn diese Maxime befolgt würde, trügen sie kein Bedenken, in das Vertrauensvotum einzustimmen. Dies sei aber nicht der Fall, namentlich nicht beim Ministerium des Innern. Dieses stehe zu einer Partei im Lande in solchen Beziehungen, daß man wohl sagen könne, es stehe nicht neben oder über dieser Partei, sondern mitten drin als dessen Centre. Der Minister des Innern thut, was er kann, um die nationalliberale Partei zu halten, die sonst schon längst zerfallen wäre; er stellt ihr Organisatoren und Agitatoren, und schügt letztere in bedenklicher Weise. Auch haben sich die Ansichten des Ministers, bei Gelegenheit der Wahlanfechtungsdebatten, derartig einseitig gezeigt, daß es im ganzen Lande Aufsehen erregen muß.

Die Autorität, besonders die staatliche Autorität, findet bei uns Anerkennung; aber wenn sie mißbraucht wird, treten wir ihr entgegen.

Der Abg. Muser hat sein Bedauern ausgedrückt, daß der Antrag des Landtages auf Abänderung der Verfassung keine Folge bei der Regierung gefunden hat. Die Erklärung des Herrn Staatsministers bei Eröffnung des Landtages, »die Angelegenheit werde geprüft werden«, hat mir schon damals wie ein verblühtes »Nein« ausgesehen. Denn an der Sache sei doch nichts Schwieriges, es fehle der Regierung nur an der Geneigtheit. Aber noch eine andere Seite wolle er hervorheben; seit wann sei man gewöhnt, daß die Regierung in Ausführung eines Kammerbeschlusses, bei welchem auch die andere Seite des Hauses beteiligt ist, sich so lässig zeigt! Jedenfalls glaube die Regierung, daß es jener Seite nicht mehr so ernst ist wie damals, und nach der ganzen Haltung der Partei habe sie nicht Unrecht in dieser Annahme. Er gehe über auf ein anderes Gebiet. Auch dem Minister des Kultus und Unterrichts könne er nicht auf allen Gebieten Anerkennung zollen. Er wolle nur an eines erinnern; es lasse sich kein größerer Gegensatz denken als zwischen der Gesinnung der Sozialdemokraten und des Centrums in Bezug auf Religion. Man werde ihm auch nicht das Zeugnis versagen können, daß er diesen Gegensatz stets scharf hervorgehoben habe. Aber doch sei ihnen von den Sozialdemokraten bewilligt worden, was die Nationalliberalen abgelehnt hätten; und er frage nicht die Regierung, wohl aber die andere Seite des Hauses, ob sie als mindergerecht gegen die katholische Kirche dassehen wollen als die Sozialdemokraten.

Die Regierung wolle er aber ersuchen, in katholischen Theilen des Landes nicht die Ansicht aufkommen zu lassen, daß die Katholiken bei den Sozialdemokraten mehr Entgegenkommen finden, als bei der Regierung.

Vor zehn Jahren sei der jetzige Staatsminister, damals Minister des Kultus und Unterrichts, so entgegenkommend und zustimmend gewesen, daß er die Hoffnung gehabt habe, es werde dem Centrum gegeben werden, was in Preußen schon lange gegeben wurde. Leider habe er sich getäuscht.

Wenn man das Unterrichtsgesetz durchgehe, finde man Bestimmungen, die kränkliches Unrecht gegen die katholische Kirche und die Katholiken seien; ebenso im Stiftungsgesetz.

Er beklage es, daß der Kultusminister als Unterrichtsminister den Wünschen nicht Rechnung getragen habe, die dahin gingen, daß für katholische Philosophie eine besondere Professur in Freiburg errichtet würde.

Er beklage es ferner, daß der Kultusminister bei der Frage einzelner Ordensniederlassungen ein so merkwürdiges Verhalten gezeigt habe. Ebenso sei in einer großen Stiftungsfrage, der der Maria Victoria-Stiftung die Entscheidung immer noch nicht ergangen, die schon längst nach Gesetz und Recht hätte ergehen müssen.

Es komme nicht nur ein kirchliches, sondern auch staatliches Interesse in Frage, wenn es sich darum handle, die Wünsche des katholischen Volkes zu erfüllen.

Abg. Dreßbach: Nach den Äußerungen des Abg. Wacker könnte es, wenigstens nach außen hin scheinen, als würden sie

aus Vorliebe für die katholische Religion oder die schönen Augen des Abg. Wacker den Anträgen des Centrums sympathisch gegenüber stehen. Dem sei nicht so; sie seien Atheisten und hätten deshalb für eine Religionsgemeinschaft überhaupt keine Sympathie. Es sei lediglich ihr Gerechtigkeitsgefühl, welches sie gewissen Wünschen des Centrums habe zustimmen lassen.

Wie sie aber für jede Religionsgesellschaft volle Freiheit verlangten, so verlangten sie die Freiheit auch für die Religionslosigkeit. Aber da sei der Kultusminister ungerecht, sonst hätte er schon gestattet, daß der freireligiöse Prediger in Mannheim, welchem der Oberbürgermeister sogar einen Sitz in der Schulkommission eingeräumt habe, auch als Lehrer wirke.

Die Militärlasten seien nicht allein, aber doch zum großen Theil daran schuld, daß unser Budget nicht mehr balancirt. Redner ist Gegner der Finanzreform, welche lediglich durch indirekte Steuer, das ist auf Kosten des armen Mannes durchgeführt werden kann. Mit dem Vorschlag des Finanzministers über Erhebung der Matrikularmehrbeiträge sei er an sich einverstanden, nur habe er das Bedenken, wenn man einmal damit angefangen habe und diesen Zuschlag bewilligt, werde das Finanzministerium immer wieder damit kommen.

Im Budget sei wenig zu streichen; er werde jedenfalls niemals Abstriche bewilligen, wenn es sich um Förderung der Bildung und Aufklärung handle. Auch notwendige Bauten müßten schon um deswillen aufgeführt werden, weil der Staat als größter Bauherr die Verpflichtung hat, bei Stagnation der Bauhätigkeit den Arbeitern Beschäftigung zu gewähren.

Sollten wir aber vor die Frage einer Steuererhöhung gestellt werden, dann verlange er vor allem die Konversion der Eisenbahnpapiere. Wer von solchen Papieren besitze, sei eben Kapitalist, und es sei doch nicht so schlimm, Jemandem etwas zu nehmen, was er schon besitzt, als was er erst durch seiner Hände Arbeit verdienen muß. Diese Obligationen seien nicht dazu da, den Leuten eine bestimmte hohe Rente zu gewähren. Wie wir einsehen, daß der Zinsfuß dauernd nicht mehr so hoch bleibt, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, den Zins herabzusetzen.

Abg. v. Stockhorner: Er habe gegen die Zuschlagsteuer keine erhebliche Bedenken und werde sie genehmigen. Es sei dann auch im Laufe der Debatte der von früheren Finanzministern gewährte Steuernachschuß zur Sprache gekommen; er wolle nur daran erinnern, daß er in jenem Landtag 1892 nicht so bereitwillig darauf eingegangen sei und ausdrücklich erklärt habe, daß die Verantwortung für diesen Schritt den Finanzminister treffe.

Was die Finanzreform anlange, so dürfe man nicht übersehen, welche große Vortheile für die Budgets der Einzelstaaten daraus erwachsen werden. Gegen die Angriffe und Äußerungen des Abg. Wacker, die jedenfalls in seiner Unzufriedenheit mit seiner Partei im diesjährigen Landtag ihren Grund habe, wolle er nur erwidern, daß er sich aus diesen Ansichten Wacker's gar nichts mache, sie seien ihm einerlei. Sie seien zwar Freunde katholisch-gläubiger Christen, aber verfolgten doch ihre eigene wohlberedigte Politik.

Staatsminister Dr. Moll: Er möchte zunächst wenige Worte an den Abg. Schuler richten. Schuler glaube, daß 1899 größere Beträge durch Rückziehung der Aufbesserungsschätze gering besoldeter Kirchendiener frei werden. Dagegen wolle er ausdrücklich konstatiren, daß man diese Beträge nicht einfach weglassen lassen kann bei der Lage mancher Pfründe. Könne aber der Staat nicht mehr eintreten, so müßten diese Beträge durch die Kirchensteuer ausgebracht werden, welche jedoch vorher einer Revision zu unterziehen sei. Gegen Wacker müsse er bemerken, daß bezüglich der Verfassungsänderung noch erste und eingehende Verhandlungen im Gang sind, welche noch nicht zum Abschluß gebracht wurden. Wenn man einfach acceptiren wollte, was von dieser Seite des Hauses vorgeschlagen werde, dann brauche man allerdings nicht so viel Zeit; aber das wolle man nicht, denn gerade diese Verfassungsfragen müssen mit Sorgsamkeit und Genauigkeit langsam behandelt werden, und man habe gerade in

Baden gute Erfahrungen mit dieser Behandlung von Verfassungsfragen gemacht. Die Regierung werde seiner Zeit bei der Debatte über die Verfassungsfragen über den Stand der Sache nähere Auskunft ertheilen.

Bezüglich der Kirchenfrage erwidere er Wacker, wenn die von ihm besprochenen Grundzüge der Autorität und über Achtung vor derselben auch in das Handeln von Wacker's Partei übergingen, dann werde der Friede auch eher kommen.

Die Regierung suche in allen Fällen, soweit möglich, der Kirche entgegen zu kommen; daß sie das thue, könne man aus dem ersehen, was seit 1881 alles geleistet worden ist, wie sich die kirchlichen Korporationen frei bewegen können.

Auf die Ordensfrage wolle er nicht näher eingehen; aus-hilfsweise seien ja Männerorden im Lande mehrere thätig.

Auch die Angelegenheit der Maria Victoria-Stiftung werde bald zu gutem Ende führen, vielleicht lasse sich ein Vergleich zu Stande bringen.

Ob der Philosophieprofessor zugleich Theologe sei oder nur Philosoph, sei doch ganz unerlei, zumal die Theologie und christliche Philosophie eng verwandt seien.

Wacker meine, man solle das annehmen, was Preußen schon lange habe; die betreffende Vorlage sei, da sie 1888 nicht erledigt wurde, dem vergangenen Landtag vorgelegt worden, welcher die Missionen genehmigt habe.

Bezüglich der Männerorden liegen die Verhältnisse aber in Preußen insofern anders als bei uns, als die Orden in Preußen schon früher und länger als bei uns bestanden haben. Es gibt bei uns aber Gebiete, wo wir gegen die Kirche entgegenkommender sind, als in Preußen, so zum Beispiel in Bezug auf den Religionsunterricht.

Wacker verlange von der Regierung ein rascheres Tempo: Das Tempo, welches die Regierung angeschlagen hat, ist nicht weniger rasch, als es Wacker's Partei der Regierung entgegenbringt.

Wir haben es gesagt und es ist auch so, daß wir keine Parteiregierung sind. An Entgegenkommen gegen die Volksvertretung werden wir es nicht fehlen lassen.

Geh. Rath Eisenlohr: Er wende sich speziell gegen den Vorwurf Wacker's, daß er mit einer Partei besonders verknüpft sei. Soviel sei wahr, daß er in vielen Fällen dieselbe politische Ueberzeugung habe, wie sie von der liberalen Seite des hohen Hauses vertreten werde. Wenn er insofern dessen mit dieser Partei einen gemeinsamen Weg in solchen Fällen wandle, so könne man doch nicht sagen, er sei im Dienst dieser Partei oder sie im seinigen. Auf die Behauptung des Abg. Wacker, ich gewähre Agitatoren der national-liberalen Partei einen ganz bedenklichen Schutz, antworte er nicht, bis ihm Thatsachen von dem Abgeordneten unterbreitet würden. Dagegen, daß er eine willkürliche Auslegung der Gesetze unterlasse, müsse er sich verwahren und könne darau hinweisen; denn schon öfters seien seine Auslegungen in der Kammer bekämpft worden und nachher doch allgemein als richtig anerkannt. So z. B. seine Ansicht über weiße Zettel, welcher der Abgeordnete Delbke jetzt seinen Sitz hier verbanke.

Den Wünschen des Abg. Muser sei er entgegengekommen, denn in vielen Gemeinden solle nach der neuen Vorlage das indirekte Wahlrecht in den Gemeinden wieder abgeschafft werden; allerdings nicht in allen. Aber er hoffe, daß auch Herr Abg. Muser von seinen Anträgen etwas nachlassen werde, sonst könne die zur Abänderung des bestehenden Gesetzes notwendige Einigung wohl nicht erreicht werden.

Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Hagenberger will auf die Frage der Matrikularbeitragsbedeckung, die auch heute von verschiedenen Rednern behandelt worden ist, nicht nochmals näher eingehen, aber doch klar stellen, daß er der verschiedentlich gegebenen Anregung, bei der Erhebung von Einkommenssteuerzuschlägen ein steuerliches Privilegium nach unten einzuräumen, schwerlich werden zustimmen können, da er das Prinzip der Allgemeinheit der Besteuerung am allerwenigsten dann preisgeben möchte, wenn es sich um Leistungen für Rücksicht handelt. Gegenüber dem Abg. Dreßbach betont Redner, daß die badische Einkommensteuer bei ihrer starken Depression in der Bildung der

den einschlämmernden deutschen Michel wieder auf und gaben wider Willen Anlaß zur Festerknüpfung des gelockerten Verbandes durch Erneuerung der Zollvereinsverträge unter wesentlichen und ausgleichenden Verbesserungen im Jahre 1865, sowie durch Abschluß günstiger Handelsverträge mit England, Belgien und Italien.

Wenn auch der bald darauf folgende Bruderkrieg von 1866 politische Veränderungen im Stande der deutschen Staaten brachte, wurde doch der Zollvereinsvertrag nur während der kurzen Kriegsdauer außer Wirksamkeit gesetzt und alsbald nach Friedensschluß wieder fester als je geschmiedet. An Stelle der bei Widerpruch einer einzigen Stimme ohnmächtigen Generalkonferenz trat nun durch völkerrechtlichen Vertrag der Bundesrath des Zollvereins als gemeinschaftliches Regierungsorgan und an Stelle der Einzelstaaten das Zollparlament als gemeinschaftliche Vertretung der Bevölkerung, wobei der preussischen Regierung als Präsidialmacht das Einberufungsrecht sowie die formelle Leitung der Geschäfte übertragen wurde.

Durch die Bildung des Zollvereins auf dem Wege des freien Vertrages von Seiten der souverän gewordenen deutschen Staaten, durch die einheitliche Entwicklung der Zoll-, Handels- und Verkehrsverhältnisse Deutschlands, durch die ausgleichende Vermittelung zwischen dem bundesrechtlich zusammenhängenden Norden und dem staatsrechtlich zusammenhängenden Süden hat das deutsche Zollwesen eine in seinen Folgen weittragendste Bedeutung erlangt, hat die zollpolitische Einigung der deutschen Staaten der nationalen Einigung Deutschlands die Wege gebnet.

Somit darf der Zollverein als einer der wichtigsten Träger und Förderer des deutschen Einheitsgedankens, als Vorläufer

auf das Unpassende eines solchen Vorhabens aufmerksam gemacht, an sämtliche Bevollmächtigten der Konferenz eine Einladung zu einem Diner ergehen ließ, welcher aber selbstverständlich von seiner Seite Folge geleistet wurde (Stich S. 83).

des deutschen Kaiserreichs gelten, wie es denn auch als eine denkwürdige Fügung erscheint, daß das vom Zollparlament ausgearbeitete Vereinsgesetz mit dem 1. Januar 1870 in Kraft getreten ist, demjenigen Jahre, welches durch den ruhmreichen deutsch-französischen Krieg zur politischen Einigung Deutschlands geführt hat.

### Großherzogliches Hoftheater.

S. Die sonntägliche Aufführung des »Bajazzo«, die in der vorerzählten Wiedergabe des zweiten Aktes allen lebensfähigsten Verisimo des Wertes zu voller Geltung brachte, im ersten Akte aber durch mangelnde allzufrühen Naturalismus des Tonio-Sängers und des seinen einleitenden Gesang fast willkürlich abschneidenden Chores zu leiden hatte, vermittelte uns die Bekanntheit eines Fräulein Saarmann vom Stadttheater in Straßburg i. E. Fräulein Saarmann, die an Stelle des unpäßlichen geborenen Fräulein Wiborg die Partie der Nedda-Colombine übernommen hatte, zeigte sich als eine allem Anscheine nach noch junge, aber sehr begabte Bühnenkünstlerin, der ihre hübsche, wohl-lautende und nur hier und da in der Mittellage und bei einzelnen hohen Tönen für schärfere dramatische Accentuirungen nicht ganz ausreichende Stimme und die von echtem Theaterblut zeugende lebensvolle und durchaus wirksame Darstellungsweise überall Beifall erringen dürften, wie sie solchen hier gefunden hat. Herr Verhäuser, der sehr gut disponirt war und besonders seinen Monolog am Schlusse des ersten Aktes wahrhaft ergreifend vorzutragen vermochte, stand der fesselnden Gastin als trefflicher Camio-Bajazzo zur Seite, und wenn wir Herrn Rosenbergs Beppo-Parlettn nur in alter Weise loben können, so wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß Herr Cordts mit seiner schätzbaren Wiedergabe des Silvio sich gegenüber dem den Tonio-Laddeo nur leidlich singenden und unendlich darstellenden Herrn Potorny recht vortrefflich bemerkbar machte. Wir würden über die durch seinen Verisimo zu einschuldbigenden schauspielerischen Derbheiten des Herrn Potorny neuerdings kein Wort mehr verlieren, wenn wir nicht unser Bedauern darüber äußern müßten, daß die Regie kein Beto gegen die merkwürdigen Mancen dieses Sängers einzulegen scheint. Nach aller etwas alkoholisch betäubenden Wirkung des Bajazzo-Dramas wurde das Publikum durch die vorzügliche Wiedergabe von Baumanns »Besprechungen

hinter'm Herd« wie mit einem gesunden Trankte kuhwarmer Alpenmilch erquid, und wie nach dem »Bajazzo« besonders Herrn Verhäuser und dem gastirenden Fräulein Saarmann lebhafter Applaus gellend worden war, so dankte das freudig animirte Publikum nach der humorvollen Alpenzene vornehmlich Fräulein Saarmann für ihr entzückend naturwüchsiges Mandl, daneben aber auch Herrn Lange für seinen urkomischen Freiherrn von Strigo und den Herren Mart und Rehm für ihre charakteristischen Gestaltungen der beiden Quantner mit herablässigem Hervorruf.

Der Kalender in Rußland. In Rußland ist schon lange eine Bewegung im Gange zur Einführung des Gregorianischen Kalenders an Stelle der jetzt um zwölf Tage zurückdriftenden Zeitrechnung. In einem Neujahrsartikel beschäftigt sich die »Kosmoje Wremja« mit dieser Frage und schreibt darüber: »Man bedenke, wohin man jetzt in zwölf Tagen mit den Witzigen gelangen kann. Die sibirische Bahn wird fertig sein, und man wird daher den Eintritt des neuen Jahres in Warkhan astronomisch richtig feiern und dann zu unserem veralteten Kalenderneujahr an dem Ufer des Stillen Ozeans sein können. Es ist leicht begreiflich, wie das die kommerziellen Rechnungen verwirrt, wie sehr es bei Reisen von Westen nach Osten un bequem ist, wenn man bei der Reise von Frankreich nach Japan sich in Rußland in einer tiefen Zeitgrube fäßt, deren westliche und östliche Mauer zwölf Tage hoch ist. Die Unbequemlichkeiten dieser Zeitgrube sind schon lange anerkannt worden. Mehrfach wurden Versuche zur Verbesserung des Kalenders gemacht, jedesmal aber scheiterten sie an der vorgerathenen Meinung, daß eine solche Maßnahme Uberglauben, Unzufriedenheit und religiöser Fanatismus im Volke erwecken würde. Sind das nicht grundlose Befürchtungen, da die dunkle Volksmasse auch jetzt sich nach der Sonne richtet und das des Verens kumde Wohl, dessen Zahl mit jedem Jahre wächst, sehr wohl begreift, welche Schande es ist, um zwölf Tage zurückzubleiben und sich für das Privileg in Anspruch zu nehmen, nicht durch Allerhöchsten Willen verbessert. Es bedarf nur einer halbjährigen Frist für das allmähliche Umschreiben aller Schuldverpflichtungen der Krone, die in Händen von Privatpersonen sind, und dann kann direkt zu der neuen Zeitrechnung übergegangen werden.

Steueranschläge gerade auf die unbemitteltesten Elemente die weitgehendste Rücksicht nehme und weiterhin, daß Redner sich nicht grundsätzlich gegen jede Konversion, sondern nur gegen eine Konversion im jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen habe, zumal die Thatfache einer dauernden Depression des Zinsfußes noch keineswegs feststehe.

Die Auslassungen des Herrn Abg. Schuler wegen der Ueberleitung der badischen Post an das Reich kann Redner nicht ohne Widerspruch lassen; bezweifelt freilich zu einer Verständigung mit Herrn Schuler zu gelangen, da dessen Auslassungen sich auf einem Boden bewegten, auf dem eine Verständigung kaum möglich ist. Denn bei Herrn Schuler scheint der Eintritt Badens in das Reich und der Zusammenschluß der Gliedstaaten zu einem Reich in ein finanzielles Reduzierungsmittel anzulösen; für die Großh. Regierung bedeutete dieser Eintritt die Erfüllung des nationalen Einigungswertes und die Ueberlassung des badischen Postwens an das Reich war nichts anderes als ein Theil dieses nationalen Einigungswertes. Dieser Auffassung haben im Jahre 1871 die beiden Kammern und darunter auch die damaligen Parteifreunde des Herrn Schuler, einstimmig zugestimmt; und ich muß bedauern, daß Herr Schuler für diesen Vorgang solche Worte abfälliger Kritik gefunden hat. Die badischen Bevollmächtigten waren zweifelsohne sich völlig klar darüber, daß vielleicht mit der Ueberleitung der badischen Post an das Reich die frühere Rente aus der Post eine Schmälerung erfahren könne; aber mit Recht ist diesem rein fiskalischen Gesichtspunkt damals ein entscheidendes Gewicht nicht beigelegt worden.

Das von Herrn Schuler vorgeführte Zahlenmaterial kann Redner auf seine Richtigkeit im Augenblick nicht prüfen, es wird ja richtig sein. Aber es beweist doch gar nicht das, worauf es doch eigentlich ankommt. Mag immerhin Baden in den letzten 24 Jahren im Lande an Postgefällen im ganzen 12 Millionen Mark mehr eingebracht haben, daß ihm aus den Erträgen der Reichspost an den Matricularbeiträgen angerechnet worden sei, aber weiß denn Herr Schuler so bestimmt, daß, wenn wir heute noch eine badische Post besäßen, unser Erträgniß aus derselben effektiv erheblich höher wäre, als unser Antheil an den Reichspostereueuen. Ist doch unter der badischen Postverwaltung der Reinertrag der Post von sehr schwankender Größe gewesen: 1862 266 000 M., 1869 586 000 M., 1871 644 000 M. Aber warum sich überhaupt auf diesen Standpunkt einseitiger Abrechnung mit dem Reich stellen! Steht das im Einklang mit der Zugehörigkeit zu einer nationalen, zu einer Wirtschaftsgemeinschaft! Und weiß der Herr Abg. Schuler, der heute eine Benachtheiligung Badens zahlenmäßig nachzuweisen sich bemüht, nicht, daß man im Norden nicht selten die gerade entgegengesetzten Auffassungen vernimmt, daß man dort nicht selten von einer societas leonina reden und die Behauptung vertreten hört, daß der Norden den Südwahltheil an den Lasten des Reichs, z. B. an dem Zollaufkommen, wegen des stärkeren Verbrauchs besonders an Kolonialwaren, trage; ich bestreite dies; aber müssen wir nicht einräumen, daß thatsächlich von dem Branntweinaufkommen der größte Theil des Ertrags von dem Norden aufgebracht wird, während Baden durch seinen Eintritt in die Branntweingemeinschaft von einem Jahr in das andere um 3 1/2 Millionen Mark sich finanziell verbessert hat. Also lassen wir doch diese gegenseitigen Aufrechnungen, sie führen zu nichts gutem. Freuen wir uns, daß wir in Baden unter den Fittichen des Reichs ein blühendes Postwesen haben bis in die kleinsten Dorfgemeinden hinein und lassen wir uns die Freude daran nicht vergällen durch die Betrachtung, daß möglicherweise die Ueberlassung der badischen Post an das Reich uns eine jährliche Einbuße gebracht hat, die jedenfalls schon allein durch die Zugehörigkeit Badens zur Branntweinsteuer-gemeinschaft ausgeglichen ist.

Abg. Wittmer: Das Defizit betrage, so wie er es be-rechnet, nicht 7, sondern 10 Millionen Mark; unter solchen Umständen müsse man doch darauf bedacht sein, die Amortisationslaste nicht fernerhin in Anspruch zu nehmen. Spar-samkeit müsse selbst im außerordentlichen Etat angewendet werden; ja auch in der Landwirtschaft wäre er zu Ab-schritten geneigt.

Der Begehrlichkeit der Beamten ferner, die immer wieder in Petitionen sich geltend mache, müsse entgegengetreten werden; man könne derselben nicht nachkommen, wolle man das Budget nicht in's Unerblichste erhöhen.

Nicht das Militär sei schuld an diesen Lasten; das Militär sei nötig zu unserem Schutz, zur Erhaltung des Friedens. Und wenn der Abg. Wader die Last für das Militär auf die Schultern der Stärkeren legen wolle, so wolle er ihm nur bemerken, daß diese dadurch, daß sie der Arme die Offiziere geben, und letztere ausstatten müssen, daß die Offiziere oft selbst ihr Vermögen dem Beruf widmen müssen, schon große Opfer bringen.

Die Budgetvorlage sei ungünstig nicht an sich, sondern der Perspektive wegen, die sie eröffnet. Wir können aber nicht die Steuern erhöhen, denn die Gemeindefinanzen, die Lasten der Sozialgesetzgebung und endlich noch die Kirchensteuer machen dies fast unmöglich. Erst sparen und dann, wenn nicht anders möglich, Konversion. Wer Zinsen einnehme, könne eher bezahlen, als wer Zinsen bezahlen muß.

Abg. Wildens: Der Abg. Wittmer habe die finanzpoli-tische Lage des Landes so ungünstig dargestellt, als ob schon ein Steuerausschlag in Aussicht sei. Man müsse sich hüten, auch nach außen hin derartige Aeußerungen zu thun. Aber auch der Finanzminister habe zu viel gesagt mit seiner Behauptung, er habe alle Ecken nach Reserven ausgeleert. Er wolle nur darauf hinweisen, daß der Zuschuß der Staatskasse zur Eisenbahnschuldentilgungskasse eigentlich nicht mehr nötig ist, denn die Betriebsüberschüsse reichen zur Verrückung der Zinsen und Amortisation hin. Er sei zwar nicht der Ansicht, daß dieser Zuschuß aufgehoben werden solle, aber in schwierigen Zeiten könnte man denselben ohne Bedenken auf 1 Million kürzen. Auch der Zuschuß, den die Staatskasse der Beamten-witwenkasse gebe, im Betrage von 1 233 000 M., übersteige

die Bedürfnisse dieser Kasse um etwa 500 000 M., und fließe dann dem Reservefond der Kasse zu. Auch hier könne man Kürzung eintreten lassen.

Sollten auch diese Hilfsmittel nicht mehr ausreichen, dann sei er für Konversion; er finde es begreiflich, daß die Regierung mit Zögern an diese Frage herantritt, aber wenn dieser Zinsrückgang anhält, dann müsse man zur Konvertirung schreiten; denn dann sei es nicht recht, auf Kosten der Steuer-zahler den Kapitalisten ein Geschenk zu machen.

Auf die Frage der Deckung der Matricularbeiträge wolle er, da dieselbe in diesem Budget doch nicht praktisch werden würde, nicht eingehen.

Der Präsident bricht hier die Sitzung ab und beraumt die Fortsetzung auf morgen Vormittags 9 Uhr an.

## Großherzogthum Baden.

Karlruhe, den 27. Januar.

\* Zur Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Kaisers tragen heute die staatlichen und städtischen Ge-bäude, sowie die Kasernen Flaggenschmuck. Zur Vorfeier fand gestern Abend von der Infanterielagerne aus großer Festen-streich statt, heute Früh war Tagwache, Festgeläute von allen Thürmen der Stadt. Die Feuerwehrgab 101 Kanonenschüsse ab, von den Thürmen der evangelischen Stadtkirche und des Rathhauses erklang Choralmusik.

\* Zur Beförderung von Briefen und Post-paketen nach Deutsch-Südwest-Afrika bietet der am 31. Januar von Hamburg nach Swakopmund und Lüderitz-bucht abgehende Postdampfer eine günstige Gelegenheit. Die betreffenden Sendungen müssen mit dem Vermerk „über Ham-burg mit direktem Dampfer“ versehen sein. Postpakete sind bis zum Gewicht von 5 kg zur Mitbeförderung zulässig; das Porto beträgt 3 M. 50 Pf. und muß vom Abender vorausbezahlt werden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Wildpark bei Potsdam, 26. Jan. Seine Majestät der Kaiser traf hier heute Vormittag kurz vor 11 Uhr ein und begab sich sofort nach dem Neuen Palais. In seiner Begleitung befanden sich Ihre königlichen Hoheiten Prinz Friedrich Leopold, Prinz Albrecht mit seinen beiden Söhnen und Prinz Aribert von Anhalt; ferner der Kriegs-minister Bronsart v. Schellendorf, der Chef des Militär-kabinetts Excellenz v. Fahnke und eine Anzahl Generale. Im Sterbezimmer des hochseligen Kaisers Friedrich III. fand Johann die Nagelung und Weihe der dem Lehr-Infanteriebataillon und dem Leibkürassierregiment, Großherzogthum Baden (Schlesisches) Nr. 1 zu verleihenden Fahnen bzw. Standarten statt. Nach Vollzug des Weiheaktes wurden die Feldzeichen mit Eisenlaub geschmückt. Inzwischen hatte sich das Lehr-Infanteriebataillon in einem offenen Viereck auf der Woppe aufgestellt. Seine Majestät der Kaiser stieg zu Pferde, ritt in das Viereck hinein und hielt eine Ansprache, welche von dem Oberstlieutenant v. Uskar mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser erwidert wurde. Nachdem sich das Bataillon zum Pa-rademarsch formirt hatte, begleitete Seine Majestät der Kaiser dasselbe nach der Kaserne, woselbst Seine Majestät im Offizierskasino ein Frühstück einnahm. Nachmittags um 2 Uhr ist der Kaiser nach Berlin zurückgefahren.

\* Berlin, 27. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern Abend 7 Uhr den russischen Botschafter Grafen v. D. Osten-Saden, um aus dessen Händen das Handschreiben seiner Majestät des Kaisers von Rußland mit Glückwünschen zum Geburtsfest und einem Delibide als Geburtstagsgeschenk seiner Majestät des Kai-sers von Rußland entgegenzunehmen, welches den Kieler Hafen bei der Eröffnungsfeier des Kaiser-Wilhelm-Kanals in dem Augenblicke darstellt, als die Yacht „Hohenzollern“ das russische Admiralschiff „Kaiser Nikolaus II.“ passirt.

\* Berlin, 27. Jan. Der Gesandte der Südafrikanischen Republik, Dr. Jhr. Beelaerts van Bloksand, ist anlässlich des Geburtstages seiner Majestät des Kaisers hier eingetroffen. Die Dauer seines Aufenthalts ist noch unbestimmt. Beelaerts wird sich vielleicht von hier nach Petersburg begeben.

\* Berlin, 27. Jan. (Telegr.) Das „M. Journ.“ meldet, in Ilow o, Kreis Flatow, sind die schwarzen Boden aus-gebrochen. Der Ort wurde sofort gesperrt. Sämmtliche Ein-wohner sind von dem Kreisquartier getrennt worden.

\* Wien, 26. Jan. Unter Theilnahme aller reichsdeutschen, bayerischen und sächsischen Diplomaten und des Prinzen Ratibor aus West ferte die Deutsche Kolonie vorgestern das Reichsgebäude und den Kaisersgeburtstag. Der Bot-schafter Graf Eulenburg sagte in seiner Rede, er wolle nur eine kleine Episode erzählen, die jedoch den Kaiser Wilhelm besser charakterisire, als lange Schilberungen. Die Schilberungen machten manchmal den Eindruck, als wenn jemand den Inhalt eines todtbaren Schreines zu kennen behauptete, nachdem er viele Einzelheiten der Außenseite aufgezählt habe. Besser als verschieden-artige Schilberungen charakterisirt den Kaiser aber folgendes Ereigniß. Auf einem großen Strom im Norden sollte der Dampfer, worauf der Kaiser und ich uns befanden, bei stürmi-schem Wetter eine Brücke passieren, die nur in der Mitte wenige Fuß breit für die Masse Durchlaß bot. Dem Steuermann ge-lang es jedoch nicht, einen solchen Kurs zu nehmen, um das Schiff unbeschadet durch den Brückenpaß zu lenken. Der rück-wärtige Mast zerschellte und ein Regen von Balken und Holz-stücken ging auf das Deck nieder. Der Kaiser stand am Fuß dieses Mastes, und scheinbar der Gefahr unbewußt trat er, im Gespräch mit einem Herrn des Gefolges begriffen, bloß einmal einen Schritt zur Seite, während tragend ein Balken an jener Stelle niederstürzte, wo der Kaiser einen Augenblick vorher ge-standen. Majestät bemerkte wohl nicht, in welcher Gefahr wir schwebten“, sagte ich nach der Durchfahrt zum Kaiser. „Doch, aber ich that so, als ob ich nichts merkte. Ich mußte an den armen Steuermann denken, dem ein mißglücktes Wort von meiner Seite noch ein weit schlimmeres Loos bereiten würde, als es ihn ohnehin getroffen hat.“ So dachte der Kaiser im Augenblick höchster Gefahr an den armen Mann, den er eigentlich gar nicht kannte. Wir Deutsche besonders ehren den tapfern Mann, der zugleich ein warmes Herz hat, und wenn ich für meinen Kaiser einstehe, so steht mir sein Bild vor Augen, wie er dort auf dem Schiffe stand, inmitten der spliternden Balken, das Herz voll Güte. Ich hebe mein Glas auf den tapfern und gefühlvollen deutschen Mann, den Deutschen Kaiser. Jubelnd stimmte die

Versammlung ein und brachte dann ein stürmisches Hoch auf den Grafen Eulenburg.

\* Wien, 26. Jan. Der gestrige Ball der Stadt Wien nahm einen glänzenden Verlauf. Seine Majestät der Kaiser, die Erzherzöge Ludwig Viktor und Rainer, der Herzog von Cumberland, die Hofwürdenträger, die Minister, das Diplomatische Corps, sowie zahlreiche Ver-treter des Adels wohnten dem Feste bei. Der Kaiser wurde bei seinem Erscheinen mit stürmischen Hochrufen und der Volkshymne begrüßt. Beim Cercle sprach der Kaiser die Gräfin zu Eulenburg und die Marquise Hoyos an und unterhielt sich mit dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg, dem französischen Botschafter Lozé, dem russischen Botschafter Grafen Kapnist und dem Mar-quis Hoyos. Den Festsaal betrat der Kaiser mit der Ge-mahlin des französischen Botschafters am Arm, während Erzherzog Ludwig Viktor die Gräfin zu Eulenburg führte. Nach etwa einstündigem Verweilen verließ der Kaiser den Ball, gefolgt von stürmischen Hochrufen.

\* Wien, 27. Jan. Aus Sofia werden hierher be-stimmt auftretende Gerüchte gemeldet, daß das bulgarische Kabinett zu demissioniren beabsichtige. Gleichzeitig wird jedoch verbreitet, Ministerpräsident Stoiloff habe vor-gelesen im Klub der Regierungspartei mitgetheilt, die Laufe des Prinzen Boris sei noch im Laufe der jetzigen Stupichtina-Session zu erwarten.

\* Budapest, 25. Jan. Bei der Erörterung der Angelegenheit des Obergespans Miklos protestirt der Minister des Innern dagegen, daß aus diesem Anlaß beleidigende Angriffe gegen den ganzen Obergespantörper gerichtet werden. Der Handelsminister Daniel erklärte, daß eine Revision des Abzinsungsgesetzes bereits in Angriff genom-men sei. Ministerpräsident Baron Banffy willigte ein, daß der Antrag des Grafen Apponyi nach seiner Erledigung im Ausschusse zugleich mit dem Gesetzentwurf über die Kurial-Ge-richtsbarteln in Wahlsachen im Plenum berathen werde. Der Minister gesteht aber nicht zu, daß mit Rücksicht auf die jüngsten Wahlen besondere Verfügungen notwendig seien. Der Zeit-punkt der Verhandlung hinge allerdings von der Dauer der Budgetberathung ab. Der Minister betont aber, daß über die Vorlage, wenn nicht außergewöhnliche Umstände eintreten, noch während der Dauer dieses Reichstages verhandelt werden wird.

\* Bern, 26. Jan. Auf der gestrigen Generalversamm-lung der Gotthardbahn wurde mitgetheilt, daß bis zum 17. Dezember 1895 im ganzen 195 Aktien mit 27 228 Aktien in das Aktienbuch eingetragen wurden. Anwesend waren 36 stimmberechtigte Aktionäre. Außer den wieder gewählten 15 bis-herigen Verwaltungsräthen wurden neu gewählt Rahn-Speter in Wien und fünf Schweizer.

\* Rom, 26. Jan. Nach einer Meldung der „Agenzia Ste-fani“ aus Massaua wurde die Nachricht von der Befreiung Galliano's und seiner heldenhaften Soldaten in der ganzen Kolonie mit unbefriedlichem Jubel begrüßt. Dieses Ereigniß wird hier um so mehr als bemerkenswerth beurtheilt, da Menelik durch Vermittelung Felters der Garnison von Matalle freien Abzug mit Waffen, Munition und Kriegszubehör angeboten hatte.

\* Rom, 26. Jan. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Adahagamus: Die Ankunft des Oberstlieutenants Gal-liano wird hier mit großer Spannung erwartet. Der Meldung eines Kundschafers zufolge rastete die Kolonne Galliano's gestern in Dongolo; nach einer anderen Kund-schafstermeldung fand die Nacht jenseits von Dongolo statt. König Menelik soll Befehl gegeben haben, die Straße nach Secota für einen eventuellen Rückzug frei zu machen. Die Anführer der Tigimer sind wegen des Galliano be-willigten freien Abzuges sehr unzufrieden.

\* Rom, 26. Jan. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Naimegelta, daß Felter heute im Lager eingetroffen ist. Er überbrachte Briefe Meneliks an den König von Italien und an General Baratieri; der Negus erjucht um Absendung eines Bevollmächtigten für Friedensunterhand-lungen. Felter berichtete, daß Galliano in Begleitung Ras Matonnen's und Ras Alula's in gutem Zustande weiter marschirt. Ein Kundschafter erzählt, daß Schwierigkeiten unter den Schoanern entstanden seien. Baratieri hielt es für angezeigt, einen Boten an Ras Matonnen zu senden, um Aufklärung zu verlangen.

\* Rom, 26. Jan. In ganz Italien dauern die Kund-gebungen anlässlich der Befreiung der Garnison von Matalle und die Huldigungen für den König und die Armee fort. Heute, am Jahrestage der Schlacht von Dogali, fand vor dem zur Erinnerung an die Schlacht errichteten Denkmal eine Gedenkfeier statt, an welcher die Gemeindevertretung, verschiedene Vereinigungen und eine große Menschenmenge theilnahmen. Es wurden patriotische Reden gehalten und enthusiastische Kundgebungen für die in Afrika befindlichen Truppen veranstaltet.

\* Rom, 26. Jan. Bei der gestrigen Festfeier im deutschen Künstlerverein wurde folgendes Telegramm an Seine Majestät den Kaiser geschickt: „Die im deut-schen Künstlerverein zur Feier des silbernen Jubiläums des Reiches und des Geburtstages Ew. Majestät ver-sammelten Deutschen Rom's legen mit den heißesten Segenswünschen für des Kaisers Wohl zugleich das feierliche Gelöbniß an Throne nieder, allezeit treu einzustehen für Kaiser und Reich.“

\* Rom, 26. Jan. Seine Majestät der König unter-zeichnete ein Dekret, welches für Erythraa und das dazu gehörige Territorium den Kriegszustand erklärt und den Truppen entsprechende Indemnität und Vollmacht ertheilt. — Der „Tribuna“ zufolge hat Oberstlieutenant Galliano vor dem Verlassen Matalle's die Festungswerke zerstört.

\* Paris, 26. Jan. Der Ministerrath beschäftigte sich neuerdings damit, die Form festzusetzen, in der die Mächte von dem Inhalt des Vertrages, betreffend Madagaskar, in Kenntniß gesetzt werden sollen. Die Urkunde, welche die Unter-schrift der Königin von Madagaskar trägt, wird nicht vor Ablauf von sechs Wochen erpartet.

\* Paris, 26. Jan. Die Deputirtenkammer setzte gestern die Berathung über die Anleihe für Zonting fort. Arti-kel 1, der die Ermächtigung zur Aufnahme der Anleihe von 18 Millionen Francs gibt, wird mit 325 gegen 165 Stimmen an-genommen.

\* Paris, 27. Jan. Auf der deutschen Botschaft fand

anlässlich des Geburtstages Seiner Majestät des Deutschen Kaisers gestern ein Empfangsabend statt, zu welchem zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps, darunter die Vertreter Oesterreich-Ungarns, Italiens, Spaniens, Griechenlands und der Schweiz, sowie sämtliche hochstehende Persönlichkeiten der deutschen Kolonie erschienen waren. Um Mitternacht versammelten sich die Festtheilnehmer im Ballsaale, wo Graf Münster auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers trank und ein dreifaches Hoch ausbrachte, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

\* London, 26. Jan. Das Reutersche Bureau meldet aus Pieter-Moritzburg vom 22. d. M.: Die Ueberfendung eines Glückwunschscheitens seitens des Gouverneurs von Natal an Präsident Kruger wegen der Niederwerfung der Jameson'schen Streitkräfte hat verschiedene Bemerkungen hervorgerufen. Der Gouverneur wurde in New-Castle und hier von einem Theil der Menge, welche auf das Durchpassiren der Soldaten Jameson's wartete, mit Murren empfangen. Eine große Versammlung nahm gestern hier einstimmig eine Resolution an, in welcher die Einmischung des Deutschen Kaisers in die Angelegenheiten Südafrikas übel aufgenommen und Chamberlain Dank ausgesprochen wurde für seine Erklärung, er werde die Oberherrlichkeit Englands aufrecht erhalten.

\* London, 26. Jan. Ein Telegramm der „New-York World“ aus Caracas meldet, daß General Uslar aus den Vereinigten Staaten dort eingetroffen ist und dem Präsidenten Crespo ein Schreiben des Präsidenten Cleveland überreicht hat, in welchem derselbe sich an das Volk von Venezuela mit der Bitte wendet, es möge sich während der gegenwärtigen Krise jedes gewaltthätigen Vorgehens enthalten.

\* London, 26. Jan. Die türkische Botschaft in London theilte dem Reuterschen Bureau mit, daß die Behauptung der „Ball Mall Gazette“ über das Projekt eines Bündnisses zwischen der Türkei und Rußland auf Grund des Vertrages von Huniari-Estelesi durchaus unbegründet ist.

\* Birmingham, 26. Jan. Chamberlain sagte in einer Rede auf einem von der Stadt veranstalteten Bankett, es seien Anzeichen vorhanden, daß die Wolken am politischen Himmel sich wieder vertreiben. Vor einigen Wochen wurden wir durch eine Kundgebung außerordentlicher Feindseligkeit von Deutschland erschreckt, welche uns so sehr überraschte, als sie vollkommen unerwartet und unprovoked war. Diese Kundgebung ging vorüber und es scheint, als habe sie keine ernstlicheren Folgen hinterlassen, als ein geringes Anwachsen der Gerichtigkeit der deutschen Presse. Aber sie veranlaßte uns, die Mittel zu unserer Verteidigung zu erhöhen. Bezüglich der Venezuelafrage meinte Chamberlain, er glaube, daß zwischen den beiden Vätern der Vereinigten Staaten und Englands ein Mißverständnis obwalte. England bestreite die Monroelehre nicht und wünsche auch keinen einzigen Zoll amerikanischen Bodens, ausgenommen des, was es schon rechtmäßig besäße. Was die Lage in Armenien betreffe, so bleibe die Gefahr und die Schmach für Europa bestehen. Die

Vorstellungen Englands seien mangels der nöthigen Unterstützung fruchtlos geblieben. Die traurigen Ereignisse in Transvaal hätten das Anwachsen der guten Beziehungen zwischen dem holländischen und englischen Stamm in Südafrika nicht gefördert; er glaube, eine weise Regierungskunst werde die Beschwärden der Umländer beseitigen, ohne die Unabhängigkeit der Republik in Gefahr zu bringen.

\* Bukarest, 26. Jan. In der gestrigen Sitzung der Kammer erklärte Minister Fleoa, daß er mit Rücksicht auf die an ihn gestellte, aber zurückgezogene Interpellation des Abgeordneten Gyredco, sowie infolge des Kammer-votums vom 24. d. Mts., welches indirekt einen Tadel enthalte, seine Entlassung gebe. Fleoa verließ alsdann die Ministerbank und nahm unter den Abgeordneten Platz. Die Erziehung Fleoa's soll unverzüglich erfolgen.

\* Belgrad, 26. Jan. Der Finanzausschuß beendete die Prüfung des Budgets, in dem er drei Millionen abstrich. Behufs Herbeiführung eines Einverständnisses mit dem Ministerium fand gestern wegen der getridenen Posten im Ministerium des Neuzeren eine Konferenz des Ausschusses mit den Ministern statt, wobei über die meisten Posten ein Einverständnis erzielt wurde. Bei einigen wenigen Posten behielten sich die Minister die Vertretung der ursprünglichen Ziffern vor der Stupschina vor.

\* Sofia, 27. Jan. Stoiloff erließ ein Zirkular an die Kreisämter, die Deputationen bereit zu halten, um zur Umfassung des Prinzen Boris rechtzeitig einzutreffen. Das Manifest des Fürsten soll am 30. d. M. erscheinen und Zeit und Formalitäten des Uebertrittes festsetzen.

\* Konstantinopel, 26. Jan. Das Gerücht, betr. die Verlängerung des Moratoriums, wird offiziell demittirt. Das Moratorium läuft am 2. März ab.

\* Konstantinopel, 26. Jan. Aus amtlicher türkischer Quelle verlautet: Nach den eingelaufenen Berichten betrug die Zahl der 3. Jt. der Einnahme der Kaserne von Zeit an in derselben befindlichen türkischen Soldaten 562, wobei die Zahl der Wachmannschaften von Erdbel und Gehntun nicht mitgerechnet ist. Von diesen Soldaten konnten sich zu verschiedenen Zeiten nur 97 in Sicherheit bringen. In dem Mitte des Zeitum durchfließenden Wassers wurden gegen 60 Leichen von Muselmanen gefunden, welche unter den graulichsten Umständen ermordet worden waren. In allen übrigen Theilen des Reiches herrscht vollständige Ruhe und Ordnung.

\* Marasch, 26. Jan. Die mit der Vermittlung in Zeim beauftragten Konularvertreter der Großmächte sind gestern hier eingetroffen.

\* Washington, 26. Jan. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Olney, erhielt ein Telegramm des amerikanischen Konularagenten in Johannesburg, daß alle Gefangenen amerikanischer Nationalität mit Ausnahme eines einzigen Namens Hammond gegen ihr Ehrenwort freigelassen seien.

\* Washington, 26. Jan. Die Subkommission des im Schooße des Senats bestehenden Handelsausschusses für die Schifffahrtsverhältnisse hat beschlossen sich gegen die Bill betr. die freie Schifffahrt zu erklären, welche die Eintragung auswärts gebauter Schiffe in das amerikanische Register zuläßt. Ferner hat die Subkommission beschlossen, sich günstig für das Gesetz auszusprechen, welches den Theil des bestehenden Gesetzes aufhebt, welcher die Schiffe anderer Länder von der Zahlung des Tonnengeldes befreit, wenn die betreffenden Länder Reziprozität gewähren.

\* Madrid, 26. Jan. Die Bank von Spanien wird der Regierung nochmals 50 Millionen vorstrecken.

\* Madrid, 27. Jan. Der Ministerrath wird sich heute mit der Schaffung eines Einbürgerungsgesetzes für Kuba beschäftigen. Mehrere Minister verlangen, daß diese Steuer sowohl auswärtige wie einheimische Produkte trifft. — Einer Depesche aus Kuba zufolge leidet der Infanzgenführer Gomez an einer alten Wunde und soll lebhafte Unruhe zeigen. Eine Schaar von Aufständischen unter Lacret wurde bei dem Versuche, in die Provinz Matanzas einzubringen, zurückgeschlagen.

\* Barcelona, 26. Jan. General Weyler hat sich nach Cuba eingeschifft.

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Montag, 27. Jan. 2. Vorst. außer Ab. Große Preise. Festvorstellung zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Seiner Majestät des Deutschen Kaisers. Im festlich beleuchteten Hause. Erstes Gastspiel des Kaiserlich Königlich Hofoper- und Hofoperntheaters Herr Franz v. Reichenberg vom Hofoperntheater in Wien. Neu einstudirt und mit vollständig neuer Ausstattung: „Die Janberste“, Oper in 2 Aufzügen von Emil Schikaneder, Musik von W. A. Mozart. — Sarastro: Herr v. Reichenberg als Oaft. Anfang 7 1/2 Uhr.

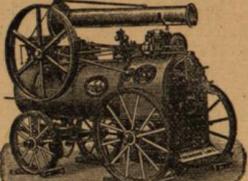
**Familiennachrichten.**  
Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.  
Eheaufgebote. 23. Jan. Wilhelm Carpentier von hier, Eisenreher hier, mit Karoline Sinn von Dereppach. — Emil Hammer von Forzheim, Kadter hier, mit Elisabeth Zweifel von Jagenheim. — Stefan Schenkel von Sidingen, Tagelöhner hier, mit Christina Funk von Königsbach.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.**

Januar	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtig-	Wind	Himmel
24. Nachts 9 <sup>U</sup> 11.	757.2	-1.4	3.8	92	SW	heiter
25. Mrgs. 7 <sup>U</sup> 11.	757.3	+0.2	4.1	89	„	bedekt 1)
25. Mitts. 2 <sup>U</sup> 11.	757.0	+1.8	4.2	80	„	„

1) Nebl.  
Höchste Temperatur am 24. Januar +2.0; niedrigste in der darauf folgenden Nacht -2.0.  
Niederschlagsmenge des 24. Januar 0.0 mm.  
Wasserstand des Rheins. Magau, 25. Jan., Morgens, 3.29 m, gefallen 5 cm.  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

**HEINRICH LANZ,**  
MANNHEIM & BERLIN.



Welt-Ausstellung Antwerpen 1894 „Grosser Preis“

Einzig höchste Auszeichnung für Lokomobile für industrielle Zwecke

**Lokomobilen** von 2-150 Pferdekraften.  
Special-Abtheilung für Industrie.  
In den letzten zehn Jahren über 4000 Stück verkauft.

Im Brennmaterial-Verbrauch nachweisbar erheblich sparsamer wie stationäre Dampfmaschinen mit eingemauerten Kesseln bei mindestens gleicher Leistungsfähigkeit, Dauerhaftigkeit und Betriebssicherheit.

Altberühmt und von absoluter Reinheit ist der an natürlichen Säuren reiche Sauerbrunnen:

**Teinachner Kirschquelle.**

Wirksamstes Heilmittel b. Katarrhen aller Schleimhäute (Kehlkopf, Bronchien, Magen, Darm, Blase, Infuenza, endlich bei Säure- u. Concrementbildung, Gicht, Grise, Harnsteinen, Rheumatismus. Sehr appetitanregend.

Tafel- u. Erfrischungs-Getränk  
I. Ranges. Depot bei den Herren Cillix & Comp., Karlsruhe.

**Bürgerliche Nachforschungen.**  
Konkurs.  
B-535. Nr. 4157. Mannheim. Ueber das Vermögen des Buchdruckerbesizers Hermann Lauer in Mannheim, Schwetingerstraße 79c., ist heute Vormittag 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.  
Zum Konkursverwalter ist ernannt: Kaufmann Georg Fischer in Mannheim.  
Konkursforderungen sind bis zum 15. Februar 1896 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum

genannten Termine entweder schriftlich einzureichen oder der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben, unter Verfüggung der urkundlichen Beweismittel oder einer Abschrift derselben.  
Zugleich ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubiger-ausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
Dienstag den 11. Februar 1896, Vormittags 9 Uhr,  
sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Dienstag den 25. Februar 1896, Vormittags 9 Uhr,  
vor dem Groß. Amtsgerichte Abth. 1, Zimmer Nr. 5, Termin anberaumt.  
Allen Verleuten, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie an der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1896, Vormittags 9 Uhr, Anzeige zu machen.  
Mannheim, 24. Januar 1896.  
Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts. Galm.  
**Bekanntmachung.**  
B-533. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des

Fruchthändlers Martin Busath von Buchheim soll nunmehr die Schlussvertheilung erfolgen, wozu M. 1688. 09. verfügbar sind.  
Nach dem in der Gerichtsschreiberei III in Freiburg aufliegenden Schlussverzeichniß sind dabei M. 61. 25 bevorrechtigte und M. 9051. 62. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Freiburg, den 24. Januar 1896.  
Der Konkursverwalter: G. Montigel.  
B-534. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ehefrau des Martin Busath, Pauline, geb. Erbin in Buchheim, soll die Schlussvertheilung erfolgen, wozu M. 462. 08 verfügbar sind.  
Nach dem in der Gerichtsschreiberei III in Freiburg aufliegenden Schlussverzeichniß sind dabei M. 4387. 22 nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Freiburg, den 24. Januar 1896.  
Der Konkursverwalter: G. Montigel.  
**Strafrechtspflege.**  
Ladung.  
B-514.1. Karlsruhe.  
1. Oswald Feldmann, geboren am 21. Juni 1870 zu Wollenberg, zuletzt wohnhaft in Bruchsal,  
2. Friedrich Karl Hermann, geboren am 8. Oktober 1872 zu Genf, heimatsberechtigt in Baden,  
3. Friedrich Arwed, Müller, geboren am 26. September 1872 zu Baden, unbekanntem Aufenthaltsort,  
4. Johannes Kögel, geboren am 22. Oktober 1873 zu Darlanden, zuletzt wohnhaft daselbst,  
5. Friedrich Kamn, geboren am 20. März 1873 zu Graben, zuletzt wohnhaft daselbst,  
6. Hermann Getrost, geboren am 10. April 1873 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft daselbst,  
7. Otto Grafmeyer, geboren am 22. September 1873 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft daselbst,  
8. Emil Reichert, geboren am 6. September 1873 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft daselbst,  
9. Karl Roman Louis Wangler, geboren am 3. Februar 1873 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft daselbst,  
10. Wilhelm Friedrich Wünsch, geboren am 12. März 1873 zu Knieblingen, zuletzt wohnhaft daselbst,  
11. Karl Ludwig Gayer, geboren am 5. Juni 1873 zu Ruppurt, zuletzt wohnhaft daselbst,  
werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der

Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebiet verlassen oder nach erreichten militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufgehalten zu haben —  
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.G.B. —  
Dieselben werden auf  
Donnerstag den 12. März 1896, Vormittags 9 Uhr,  
vor die I. Strafkammer des Groß. Landgerichts zu Karlsruhe zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozedurordnung von den Erbkilvorstehenden der Ersatzkommissionen zu Sinshelm, Kniepsau, Adelsheim, Mengentheim und Heidelberg über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärungen verurtheilt werden.  
Karlsruhe, den 20. Januar 1896.  
Groß. Staatsanwaltschaft. Duffner.  
B-473.2. Nr. 1061. Mosbach.  
1. Der am 17. März 1869 zu Eppensbach geb., zuletzt daselbst wohnhafte Georg Friedrich Bergdoll,  
2. der am 1. August 1869 zu Weibstadt geb., zuletzt daselbst wohnhafte Faat Dhhausen,  
3. der am 5. Oktober 1869 zu Bergen geborene, zuletzt daselbst wohnhafte  
Adam Fink,  
4. der am 26. September 1871 zu Reichenstein geborene, zuletzt daselbst wohnhafte Vater  
Gustav Kaufmann,  
5. der am 13. Februar 1873 zu Braunsbach geborene, zuletzt in Gaimühle (Gemeinde Friedrichsdorf) wohnhafte, kath. Schlosser Friedrich Johann Haas,  
6. der am 8. Mai 1873 zu Koch geborene, zuletzt daselbst wohnhafte Schreiner  
Karl Otto Hedmann,  
7. der am 8. Juli 1873 zu Neumkirchen geborene, zuletzt in Messelhausen wohnhafte, evangelische Bierbrauer  
Karl Johann Friedrich Groß,  
8. der am 25. September 1873 zu Heidelberg geborene, zuletzt in Bortthal wohnhafte  
Gustav Roth,  
werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebiet verlassen oder nach erreichten militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufgehalten zu haben —  
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.G.B.

Dieselben werden auf:  
Donnerstag den 26. März d. J., Vormittags 9 Uhr,  
vor die Strafkammer des Groß. Landgerichts Mosbach zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozedurordnung von den Erbkilvorstehenden der Ersatzkommissionen zu Sinshelm, Kniepsau, Adelsheim, Mengentheim und Heidelberg über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärungen verurtheilt werden.  
Mosbach, 21. Januar 1896.  
Groß. Staatsanwaltschaft I. B.  
gez: Wittmann.  
Zur Beglaubigung  
Der Sekretär:  
Hirsch.  
Stadtbüchereidirektion.  
B-530. Nr. III. M. 73 91 III. 658. Magdeburg. Der unterm 14. November 1892 gegen den Photographen Heinrich Feldmann aus Karlsruhe erlassene Steckbrief (Strafvollstreckungserschein) ist erledigt.  
Magdeburg, 21. Januar 1896.  
Der Erste Staatsanwalt.



bei Husten, Heiserkeit, Katarrh.

**Loefflund's Malz-Extract**

Husten-Bonbons

Vielfach von Aerzten empfohlen!

In allen Apotheken.